

Erstet täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Redaction eingesandten Manuscripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Anzeigen an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Anzeigen für Inf.-Anzeigen: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösch, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl. incl. Frachtlohn 5 Rthl. durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postförderung 30 Rthl. mit Postförderung 45 Rthl.

Inserate 5 Gelp. Zeitweise 30 Pf. Größere Schriften laut unferem Preisverzeichnis. — Tabellarische Sach nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstempel die Spalte 40 Pf. Insetate sind nicht an d. Expedition zu senden. — Arbeit nicht mehr gegeben. Zahlung prosumtorando oder durch Postvorschuß.

No 242.

Wittwoch den 4. August 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Beim hiesigen Stadtfrankenhaus soll ein zweiter Apotheker mit einem Gehalte von jährlich 750 M und freier Station vom 1. October d. J. an angestellt werden. Bewerber um diese Stelle wollen ihre Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 15. August d. J. schriftlich bei uns einreichen. Leipzig, den 5. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Hülfsaufsehers für Straßenbauten bei unserer Tiefbauverwaltung ist sofort zu besetzen. Die Stelle ist für jetzt nicht etatmäßig; die Anstellung erfolgt gegen einen Wochenlohn von 24 M und monatliche Kündigung.

Bewerber, welche die für die Stelle eines Straßenbauaufsehers erforderliche technische Vorbildung haben müssen, werden veranlaßt, sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse bis zum 14. August cr.

bei uns zu melden.
Leipzig, den 27. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hartwig.

Bekanntmachung.

Freitag, den 6. August a. c. Vormittags 9 Uhr sollen an der Leßingbrücke einige Reihenhäuser, Scheitholz und ein harter Lindenloß an den Meistbietenden gegen sofortige Zahlung und Abfuhr öffentlich versteigert werden. Leipzig, den 31. Juli 1880.

Des Rathes der Stadt Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Dem Apotheker Herrn Hermann Robert Blaser ist von der königlichen Kreisapothekerkammer Concession zur Errichtung einer Apotheke am Bairischen Plage hier erteilt worden, welche unter dem Namen „Zum rothen Kreuz“ am 15. vorigen Monats eröffnet worden ist. Leipzig, den 2. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Parlamentarische Lage.

□ Berlin, 3. August. Von den Vorlagen zur Verwaltungsreform, welche für die nächste Session des preussischen Landtages angekündigt werden, muß der Kreisordnungsentwurf für Schleswig-Holstein nach den damaligen Äußerungen des interimistischen Ministers des Innern Dr. Friedenthal schon vor nahezu drei Jahren fertig gewesen sein. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß derselbe gegenwärtig nur geringfügigen Änderungen unterzogen werden wird.

In den Elberzogthümern liegen die Verhältnisse für die Einführung der Selbstverwaltung verhältnismäßig am günstigsten, weit günstiger als beispielsweise in der Provinz Posen, wo nach Allem, was man hört, seitens des Ministers des Innern besondere Cauteleten in Erwägung genommen sind, um eine Majorisirung des deutschen Elements durch den polnischen Großgrundbesitz in den wenigen Kreisen zu verhindern, wo der letztere zur Zeit noch überwiegt. Für Hannover besteht die hauptsächlichste Schwierigkeit darin, die bis jetzt vollständig getrennten Städte und Landgemeindeglieder zu Kreiscommunalverbänden erst zu vereinigen — übrigens haben auch in den Provinzen Rheinland und Westfalen die Kreise nur eine sehr geringe communale Bedeutung — und die Amtshauptleute, welche bis jetzt regelmäßig den zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst befähigten Kategorien angehören, dem gewählten Kreisausschusse als Berufsangehörigen unterzuordnen. Als unumgänglich wird sich hierbei eine Verminderung der jetzt sich auf 101 belaufenden Zahl der Ämter herausstellen; nach der Ansicht des Grafen Eulenburg soll etwa 1/3 derselben geopfert werden, eine Maßregel, die schon jetzt in der Weise vorbereitet wird, daß bei event. Vacanzen keine Neubesehung, sondern stellvertretende Verwaltung durch den benachbarten Amtshauptmann erfolgt. Uebrigens scheint auch dort durch die Einflüsterungen allzu jagdbar Gemüther die Verwirklichung ertwert werden zu sollen (hoffentlich ohne Erfolg), daß in den Selbstverwaltungsgorganen der Kreis- und Provinzialordnung die im großen Grundbesitz stark vertretene Welfenpartei einen überwiegenden Einfluß erlangen könne.

Für Rheinland und Westfalen ist bekanntlich diese Beforgnis hinsichtlich der Ultramontanen der Grund gewesen, die schon im Jahre 1874 angebahnte Einführung der Kreisordnung zu sistiren. Oder vielmehr dem Fürsten Bismarck, der sich noch heute nicht recht mit der Verwaltungsreform befreundet hat und ihr damals beinahe feindlich gegenüberstand, kam diese Beforgnis ungemein gelegen, um sich aus Ewigkeit hinter ihr zu verschließen. Daß er dieselbe im Grunde nicht theilte, geht wohl am besten daraus hervor, daß er keinen Anstand nahm, den Elfsaß-Völkern eine unendliche weiter gehende Autonomie zu gewähren, als sie die preussische Verwaltungsreformgesetzgebung enthält.

Uebrigens war der jetzige Herr Minister des Innern auch in der vorigen Session neben dem der öffentlichen Arbeiten der einzige, der mit Befriedigung auf eine erprobliche und erfolgreiche Thätigkeit zurückblicken konnte, und sein Reform ist dormalen das einzige, in welchem man ein klares, festes und zielbewusstes Handeln zu erblicken vermag, bei dem

auch die Erfolge nicht ausbleiben können. Es ist auch dasjenige unter den eigentlich politischen Reformen, in welchem eine grundsätzliche Abweichung von den Zielen der jüngsten Vergangenheit am wenigsten zu Tage getreten ist.

Von Vorbereitungen in anderen Ministerien für die Landtagssession verlautet noch nichts Zuverlässiges. Im Finanzministerium scheint man erst den weiteren Gang der Reichssteuerreform abwarten zu wollen, ehe man die Landessteuerreform in die Hand nimmt, und von Vorlesungen aus dem Kultusministerium haben wir hoffentlich so bald überhaupt nicht wieder etwas zu hören.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 3. August.

Es wird jetzt in sich das erste Mal sein, daß sich die Kaiser von Deutschland und Oesterreich, seit sie offen als politische Verbündete sich erklärt haben, persönlich begegnen, und die augenblickliche Lage der Dinge in Orient läßt sich allerdings fast so an, als könnte der Bündnisfall für die beiden Mächte eintreten. Kommt es auch vielleicht zu keiner Action der Mächte gegen die Türkei, so liegt es doch zu Tage, daß Rußland bei Montenegro, Serbien und Bulgarien zur Erhebung gegen die Pforte hegt für den Fall, daß Griechenland die Waffen ergriffe, um sich in den ihm von den Mächten zugesprochenen Besitzstand auf dem Balkan zu setzen. Oesterreich aber kann es am allerwenigsten gleichgültig sein, daß der allgemeine Sturm gegen die Türkei nochmals losbrechen, ohne daß es Oesterreich, selber formwährend in der Lage bliebe, bei Feststellung von neuen Verhältnissen das ausschlaggebende Wort zu sprechen. Brechen alle Staaten und Halbstaaen wieder gegen die Türkei los, so wird die Folge die Erreichung des einmal glücklich vereitelten Vertrages von San Stefano sein. Will Oesterreich ein solches Ergebnis verhindern, so muß es zum mindesten Serbien im Zaun halten, denn ohne die Bundesgenossenschaft Serbiens dürfte sich der König der Hellenen stellen, die türkische Grenze zu überschreiten. Hat Oesterreich seine bosnische Occupation in der That so ehrlich gemeint, wie es sie dargestellt hat, so kann es das jetzt beweisen. Hat es aber die Hintergedanken gehabt, die man ihm vielfach zuschrieb, so wird wahrscheinlich der Sturm gegen die Pforte auf Neue losbrechen und Oesterreich sich den Löwenantheil von der Beute sichern, falls Rußland ihm hierbei nicht zuvorkommt. Ist es beiden Kaisern um die Ruhe Europas und die Erhaltung der Türkei als europäische Macht zu thun, so werden sie (wie auch officios angedeutet wird) dem Fürsten von Serbien, der ja gleichfalls nach Gastein kommen soll, zur Ruhe rathen und den König von Griechenland auf bessere Zeiten vertrösten lassen.

Die Verhältnisse im Reichslande behaupten sich andauernd im Vordergrund des politischen Interesses. Demjenigen, aus dessen Gedächtniß es etwa verschwunden sein sollte, was die Aera Heinrich v. Müllers in Preußen eigentlich bedeutete, kann nicht dringend genug empfohlen werden, die Verwaltung des Feldmarschalls v. Manteuffel in Schule und Kirche aufmerksam zu verfolgen. Man muß in der That annehmen, daß die Reichslande zu einer Versuchs-

station bestimmt seien, um zu erfahren, wie sich ein Pact mit dem Ultramontanismus in der Praxis annehmen würde. Jetzt wird gemeldet, daß ein von dem Landesauschusse unter dem Datum des 5. März formulirter „Wunsch“ auf „Abänderung des bestehenden Schulgesetzes in einer der vor 1870 bestehenden Gesehgebung entsprechenden Weise“ wirklich Aussicht auf Erfüllung habe. Das würde einfach bedeuten: „Die Ausschließung der Altdeutschen aus dem Schuldienst der Reichslande, die Aufsicht des Klerus über das gesamte Schulwesen, die Wiederaufnahme der Thätigkeit der Schulschwester, endlich die Einführung des Französischen als obligatorischer Unterrichtssprache.“ Es klingt unglücklich, daß der Statthalter geneigt sein soll, auf diese bescheidenen Desiderien der Vetterlichkeit seines getreuen Landesauschusses einzugehen, aber es klingt nicht unglücklich als die gleichwohl gut bezugte Nachricht, daß eine Anzahl von Beamten, die sich nicht überreden können, die Reichslande möchten auf diesem Wege dem Deutschtum zurückgewonnen werden, täglich ihrer Absehung entgegensehen. Berliner Parlamentarier unterziehen sich bereits der Aufgabe, das Material zu sammeln und zu sichten, um alle diese auf Reue herbeizuführenden Dinge in der nächsten Reichstagssession zur Sprache bringen zu können. Seitdem muß auch die Nachricht beruhren, daß der Statthalter den Beamten unterlagt hat, ihre Beobachtungen privatim oder auf anderem Wege zu weiterer Kenntniss zu bringen. Wie seine Kirchen- und Schulpolitik an Müllers, so erinnert diese liebenswürdige Bevormundung in nicht sehr angenehmer Weise an die Lage des verflohenen preussischen Justizministers Grafen zur Lippe.

Der Zweck des Besuchs des Grafen Wilhelm Bismarck in Straßburg scheint wirklich nur der gewesen zu sein, sich beim Statthalter und den übrigen hohen Reichsbeamten zu verabschieden, denn, wie glaubwürdige Berichte aus Lissingen melden, ist der Graf bereits am Freitag daselbst wieder eingetroffen, so daß der Kanzler jetzt mit seiner Gemahlin und seinen beiden Söhnen zusammen weilte. Der älteste ist bekanntlich im diplomatischen Dienst beschäftigt, während der jüngere demnächst einen vacanten Landrathsposten, wenn auch nicht in der unmittelbaren Nähe des väterlichen Sachsenwaldes, erhalten soll. Vom Landrathsposten aus kann später jeder höhere Verwaltungsposten erreicht werden.

Das politische Hauptereigniß des Tages ist die Nachricht von einer, anscheinend nicht ganz unbedenklichen, Erkrankung des englischen Premierministers Mr. Gladstone. Von einer, mit Fieber verbundenen Lungenentzündung befallen, hat Mr. Gladstone dem letzten Conset nicht bewohnen, seinen Einfluß auf die Leitung der geselligenen Berathung daher nicht geltend machen können. Das Heilalter der Cabinetintrigen liegt allerdings hinter uns; heute wird die Politik durch die realen Verhältnisse bedingt, immerhin aber von Persönlichkeiten gemacht, und insofern ist es für den Gang der Ereignisse nicht gleichgültig, ob der Staatsmann, in dessen Hand die Fäden des ganzen Systems zusammenlaufen, zu persönlicher Unthätigkeit geneigt wird oder nicht. Man hat sich daran gewöhnt, die dormalige

Orientpolitik Großbritanniens als das eigentliche Werk Mr. Gladstone's anzusehen, hervorgegangen mindestens ebenso sehr aus den Impulsen seines leidenschaftlichen Temperaments, als aus den Erwägungen seines Parteistandpunktes. Daß eine vielleicht längere Zeit hindurch währende nothgedrungene Geschäftsenthaltung Mr. Gladstone's in der auswärtigen Politik Englands nicht empfinden werden sollte, ist kaum anzunehmen, zumal in Berücksichtigung der kritischen Lage des asghanischen Expeditionscorps und der daraus resultirenden Fällung der politischen Initiative des Whigcabinetts. — Dafür, daß es der ersten Zeit auch an Erweiterung nicht fehle, sorgt das Parlament, welches sich gegenwärtig mit der zweiten Lesung der sog. „Hafen- und Kaninchenvorlage“ beschäftigt. Gelegentlich derselben kam es in der Freitagssitzung zu einem komischen Zwischenfall. Gladstone erhob sich in seiner gewohnten ersten Weise und legte eine Petition zu Gunsten der Vorlage von 127 Pächtern aus Haddingtonshire — dem Wahlbezirk des conservativen Lord Elcho, eines der Hauptgegner der Vorlage — vor. Alles lachte. Gleich darauf erhob sich Lord Elcho, um eine Petition gegen die Vorlage von Sir Thomas Gladstone, dem streng torjischen älteren Bruder des Premierministers, vorzulegen. Man lachte das Haus erst recht, der Premierminister nicht ausgenommen.

Seitens der englischen Militär- und Flottenbehörden werden bereits die umfassendsten Vorkehrungen für die Entsendung der erforderlichen Verstärkungen für Indien getroffen. Eine Brigade wird Portsmouth so bald als möglich verlassen. Die abzuführenden Verstärkungen werden nebst den gewöhnlichen Abflungstruppen die indische Regierung in den Stand setzen, über eine weitere Streitmacht von 1800 bis 10,000 Mann zu verfügen. Die in Portsmouth liegenden Truppeneinheiten werden in aller Schnelligkeit segefertig gemacht, mehrere hundert Arbeiter sind damit beschäftigt. Die „Oronteo“ Capitän R. G. Kinahan, soll zuerst mit Verstärkungen abgehen, voraussichtlich heute (Dienstag); sie vermag 1500 Mann an Bord zu nehmen und dürfte die Reise nach Bombay (via Surz-Canal) in 25 Tagen zurücklegen. Die „Cypriotes“, welche nahezu 2000 Mann fassen kann, wird am 6. August, 14 Tage früher als in Aussicht genommen worden war, Portsmouth verlassen. Die „Tumna“ wird am 4. segeln. „Crocodile“ und „Serapis“ sind nicht so weit vorgeschritten und werden nicht vor October segefertig sein.

Das Resultat der in Frankreich stattgefundenen Wahlen zur theilweisen Erneuerung der Generalräthe ist für die republikanische Partei, so weit bis jetzt zu erfahren, günstig ausgefallen. Bis jetzt sind 618 Wahlen bekannt, aus denen 427 Republikaner und 188 Conservative hervorgegangen sind, während noch 33 Stichwahlen stattfinden müssen; die Republikaner haben 95 Sitze gewonnen. Im Ganzen mußten 1712 Generalräthe austreten, von welchen 668 der republikanischen, 744 der conservativen Partei angehören. Aus den oben mitgetheilten Resultaten der Wahlen läßt sich annehmen, daß die Berichte vordringende aus den größeren Städten und Departementshauptorten vorgelegen haben, auf das Gesamtresultat